

BDWO e.V. Friedrichstraße 176-179 10117 Berlin

Herrn Bundeskanzler
Olaf Scholz
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Str. 1
10557 Berlin

Berlin, den 21. März 2022

Folgen des Ukraine-Krieges für russischsprachige Menschen in Deutschland

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,

wir wenden uns mit einer dringenden Bitte an Sie und entsprechend auch an die Bundesregierung:

„Wir“ sind als Bundesverband der West-Ost-Gesellschaften (BDWO) ein Zusammenschluss von mehr als 70 Vereinigungen und Initiativen, die sich seit Jahrzehnten für die Völkerverständigung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion einsetzen. Viele unserer Mitgliedsvereine, aber auch Mitglieder unseres Vorstands, sind stark in die Hilfe für Flüchtlinge aus der Ukraine oder auch in Hilfe für in Russland verfolgte Kriegsgegner involviert.

Mehrere Vereine müssen sich damit auseinandersetzen, dass die Städtepartnerschaften mit russischen aber auch belarussischen Städten in Frage gestellt werden, wenn sie nicht schon auf Eis gelegt worden sind oder werden sollen. Damit bräche eine wichtige zivilgesellschaftliche Seite des Dialoges und der „Volksdiplomatie“ weg. Das kann nicht im deutschen Interesse sein und hilft auch der Ukraine nicht.

Partner und Personen mit russischem/russischsprachigem Hintergrund sehen sich derzeit zunehmend Anfeindungen ausgesetzt. So gab es in der vergangenen Woche einen Brandanschlag auf die Internationale Lomonossow-Schule in Berlin-Marzahn, die von vielen russischsprachigen Kindern besucht wird. Allerdings kommen deren Eltern nicht unbedingt aus Russland, sondern auch aus der Ukraine, Belarus, Kasachstan oder sind Russlanddeutsche. Und selbst wenn ALLE aus Russland kämen ist dieser Anschlag ein weiterer trauriger Höhepunkt einer sehr bedenklichen und geschürten russophoben Entwicklung im Land. Es gibt Auftrittsverbote für KünstlerInnen, russische Werke in Musik und Literatur werden diskriminiert und aus Programmen genommen, wissenschaftliche Kontakte, zum Beispiel der Berliner Humboldt-Universität, werden gekappt. Über „Russen“ werden Restaurantverbote verhängt, (vermeintlich) russische Geschäfte, orthodoxe Kirchen sind ebenfalls Ziel von Anschlägen, russischsprachige Kinder, egal woher, sind in Schulen Angriffen ausgesetzt.

Wir haben die herzliche Bitte, diese traurige Entwicklung trotz oder gerade wegen des Krieges in der Ukraine nicht kommentarlos zu übergehen, sondern Ihrerseits eine öffentliche Stellungnahme abzugeben und ein klares Bekenntnis zu unseren hier lebenden Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit „russischem“ Background abzugeben. Ein „SO NICHT“ wäre dringend und rasch erforderlich.

Mit freundlichen Grüßen und mit herzlichem Dank verbleiben wir
Bundesverband der Deutschen- West-Ost-Gesellschaften (BDWO)



Peter Franke
Vorsitzender